

**Interpellation FDP-Fraktion:
«Stärkung des Gemeinsinns**

Die direkte Demokratie der Schweiz basiert auf Milizarbeit. Die Milizarbeit von selbst- und mitverantwortlichen Bürgerinnen und Bürgern zugunsten der Öffentlichkeit bildet die Voraussetzung dazu. Ohne ihren Einsatz würde es zum weiteren Ausbau des Staates kommen. Die Mitarbeit von Laien in verschiedenen Gremien im Dienste der Öffentlichkeit sorgt für Bodenhaftung und festigt die Beziehung von Bürgerinnen und Bürger mit dem Staat.

Die Entschädigungen für die Milizarbeit entsprechen richtigerweise dem Gedanken des Milizsystems und sind deshalb bescheiden angesetzt. Von einer Entlohnung kann nicht gesprochen werden. Diese Entschädigungen sind bisher als Einkommen zu versteuern und können im ungünstigen Fall sogar zur Progression führen mit weiterer Abschöpfung durch den Staat. Bürgerinnen und Bürger, die ihre Freizeit in den Dienst der Öffentlichkeit stellen, werden so erstens nur minim entschädigt und müssen davon einen mehr oder weniger grossen Teil wieder dem Staat abgeben.

Leider zeigt die allgemeine Bereitschaft für Freiwilligenarbeit eine stark abnehmende Tendenz. Dies gefährdet zunehmend den Milizgedanken und damit den föderalen Aufbau des Staates.

Wir bitten die Regierung, um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist die Regierung auch der Meinung, dass das freiwillige Engagement in Milizfunktionen zugunsten der Öffentlichkeit ein hohes Gut der föderalen Schweiz ist und zu fördern ist?
2. Wäre es angesichts dem abnehmenden Trend zur Übernahme von Milizfunktionen nicht angezeigt, dieser Entwicklung entgegen zu wirken?
3. Hält es die Regierung nicht für falsch, dass der Staat zwar auf Miliztätigkeiten angewiesen ist und diese auch bescheiden entschädigt, mit der anderen Hand aber einen Teil davon (und je nach Einkommenslage auch progressiv) wieder abschöpft? Wird damit das Engagement für die Öffentlichkeit nicht zusätzlich beeinträchtigt und damit Bürgerinnen und Bürger fast bestraft, dass sie sich in Milizfunktionen engagieren?
4. Wäre es nicht an der Zeit, dass Entschädigungen für ehrenamtliche Funktionen (wären zu definieren) zugunsten der breiten Öffentlichkeit bis zu einem gewissen Betrag steuerfrei sein sollten?
5. Ist die Regierung bereit, ein solches Anliegen ernsthaft zu prüfen und eine entsprechende Revision des Steuergesetzes an die Hand zu nehmen?»

23. Februar 2015

FDP-Fraktion